

INHALT

1. Bundesverwaltungsgericht stoppt A20 Weiterbau zwischen Weede und Wittenborn
2. FAG-Novelle: Erste Absetzbewegungen im Regierungslager
3. Landesregierung legt Einbußen bei Gewässerabgabe auf Privathaushalte und Unternehmen um
4. CDU-Landtagsfraktion jetzt auch in Sozialen Netzwerken aktiv
5. Umweltpolitiker der Union fordern konsequenten Hochwasserschutz
6. Bundespolizei ist wichtiger und verlässlicher Partner in Sicherheitsfragen
7. CDU-Politiker sprechen sich gegen Drosselungsplänen der Deutschen Telekom aus
8. CDU-Fraktion gratuliert Hans-Alwin Ketels zum 100. Geburtstag

08.11.2013

**Bundesverwaltungsgericht stoppt A20 Weiterbau zwischen Weede und Wittenborn
CDU-Landtagsfraktion stellt Antrag, andere Teilstücke vorzuziehen**



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdB

Nachdem das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig am Mittwoch dieser Woche den Planfeststellungsbeschluss für das A20-Teilstück zwischen Weede und Wittenborn für rechtswidrig und nicht vollziehbar erklärt hatte, hat die CDU-Landtagsfraktion einen Antrag für die kommende Landtagssitzung eingebracht. Er fordert die Landesregierung erneut auf,

kurzfristig aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes Konsequenzen zu ziehen. Freie Stellen im Landesbetrieb für Straßenbau sollen mit qualifiziertem Personal besetzt und zusätzliche externe Beratungs- und Ingenieursleistungen eingekauft werden.

Einen entsprechenden gemeinsamen Antrag von CDU und FDP hatten die Regierungsfractionen erst in der vergangenen Woche im Wirtschaftsausschuss abgelehnt. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johannes Callsen, forderte Ministerpräsident Torsten Albig darüber hinaus auf, den Weiterbau der A20 innerhalb der Regierungskoalition neu zu verhandeln.

„Die heimische Wirtschaft und potentielle Investoren können nach diesem Urteil nicht mehr mit Lippenbekenntnissen auf den Sankt Nimmerleinstag getröstet werden. Wenn der Ministerpräsident auch dieses Problem an sich abperlen lassen will, dann wird das verheerende Folgen für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein haben. Jetzt ist Albigs Richtlinienkompetenz als Regierungschef gefordert“, erklärte Callsen 2013 in Kiel.

Die Landesregierung müsse ihren Zeitplan unverzüglich den Realitäten des Urteils anpassen. Der Bau anderer Teilabschnitte der A20 auch westlich von Bad Bramstedt müsse unbedingt vorgezogen werden, um das Vertrauen von Wirtschaft und Investoren zurück zu gewinnen. Denn gerade die gestrigen Stellungnahmen des grünen Koalitionspartners zeigten deutlich, dass dieser den Bau der europaweit wichtigen A20 nach dem Urteil weiter blockieren wolle. „Es wäre ein verheerendes Signal, wenn Albig diesem Blockadekurs der Grünen weiter folgen würde“, so Callsen.

Besondere Brisanz erhält der Antrag durch eine Aussage von Verkehrsminister Reinhard Meyer gegenüber der NDR1 Welle-Nord. Er forderte eine offene Diskussion über ein Vorziehen einzelner Bauabschnitte. CDU-Fraktionschef Callsen sicherte umgehend seine Unterstützung zu: „Die CDU-Fraktion will mit ihrem Antrag für eine breite Rückendeckung des Schleswig-Holsteinischen Landtags in den Verhandlungen mit der Bundesregierung sorgen“, erklärte Callsen.

Zur Pressemitteilung und dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts:

<http://www.bverwg.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung.php?jahr=2013&nr=77>

Zum gemeinsamen Antrag von CDU und FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1111.pdf>

FAG-Novelle: Erste Absetzbewegungen im Regierungslager CDU-Fraktion fordert Aufgabenkritik

In dieser Woche zeigten sich erste Absetzbewegungen im Regierungslager gegen die Pläne von Innenminister Andreas Breitner für eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs.

SSW-Kreis- und Kommunalpolitiker forderten am Rande einer Tagung in Büdelsdorf mehr Geld für die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland. Sie griffen damit die Kritik von CDU-Innenpolitikerin Petra Nicolaisen auf. Diese hatte bereits vor Wochen öffentlich darauf hingewiesen, dass auf den Norden im Falle einer Realisierung der Pläne nicht hinnehmbare Einbußen zukämen. Der SSW-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Lars Harms, versicherte laut einer SSW-Pressemitteilung, er werde sich in der rot-grün-blauen Koalition für Nachbesserungen für den nördlichen Landesteil einsetzen.

Nicolaisen warnte daraufhin, der grundsätzliche Fehler der Reform des Finanzausgleichs dürfe nicht noch durch die Bevorzugung einer einzelnen Region verschlimmert werden.

„Recht hat der SSW nur mit der Feststellung, dass der nördliche Landesteil künftig zu wenig Geld erhalten soll. Der eigentliche Fehler der Breitner-Reform liegt jedoch in der mangelnden Berechnungsgrundlage“ erklärte Nicolaisen.

Der durch das Innenministerium beauftragte Gutachter habe bekanntlich keine Aufgabenkritik vorgenommen. Der künftige Zuschussbedarf von Kreisen, Kreisfreien Städten und Gemeinden sei deshalb allein anhand der bisherigen Ausgaben festgelegt worden.

„Wer die Aufgaben bislang mit niedrigen Ausgaben erledigt hat, ist bei dieser Berechnung der Dumme. Das ist das eigentliche Problem der Breitner-Reform. Der SSW hat das entweder nicht erkannt, oder es ist ihm egal. Der SSW will deshalb nur eine für fast alle Kreise zu kurze Tischdecke in eine Richtung ziehen“, so Nicolaisen.

Offensichtlich zeigten die Absetzbewegungen Wirkung: Ende der Woche erklärte Ministerpräsident Torsten Albig im Rahmen einer Veranstaltung in Plön laut Medienberichten, die Landesregierung werde die Ergebnisse des Gutachtens nicht durchprügeln. Es werde ein offener Diskussionsprozess angestrebt, bei dem durchaus auch die Vorgaben des Gutachtens noch einmal auf ihre Standfestigkeit überprüft würden.

„Das macht hellhörig. Schließlich hat der Gutachter nach den Vorgaben der Landesregierung gearbeitet. Wir werden jetzt weiter Druck machen. Flickschusterei hilft nicht weiter. Es muss mehr Geld in den Topf“, forderte Nicolaisen.



Petra Nicolaisen, MdB

Landesregierung legt Einbußen bei Gewässerabgabe auf Privathaushalte und Unternehmen um Kosten steigen um bis zu 27 Prozent

Hinter der Überschrift „Kabinett beschließt einheitliches Wasserabgabegesetz“ einer nach 17 Uhr am Dienstag von Umweltminister Robert Habeck veröffentlichten Pressemitteilung verbergen sich zum Teil deutliche Kostensteigerungen.

So werden Privathaushalte mit zusätzlichen acht Prozent zur Kasse gebeten. Laut Habeck sind dies etwa ein Euro und 80 Cent. Härter trifft es Gewerbebetriebe mit mehr als 1500 Kubikmetern Jahresverbrauch. Ihnen steht eine Erhöhung von mehr als 37 Prozent ins Haus. Kraftwerke müssen eine Steigerung von 23 Prozent einpreisen.

Zudem will die Landesregierung die Bagatellgrenze für die Oberflächenwasserentnahme von

2500 Euro auf 200 Euro absenken. „Davon steht natürlich nichts in der Pressemitteilung. Das verbirgt sich aber hinter der Formulierung von der Vereinheitlichung der Gesetze“, erklärte der CDU-Umweltpolitiker Heiner Rickers.

Habeck hole sich durch die Energiewende verursachten Einbußen in seinem Haushalt von den Bürgern und den Unternehmen im Land wieder. Denn die Einnahmen in Habecks Haushalt aus den Wasserabgaben sind seit 2006 von gut 60 Millionen Euro auf unter 37 Millionen gesunken. Ziel der Landesregierung ist es, sie wieder dauerhaft auf 45 Millionen Euro zu erhöhen.

„Diese Erhöhungen können Unternehmen und Kraftwerke nur verkraften, wenn sie ihre Preise erhöhen. Deshalb ist Habecks Behauptung, die Privathaushalte würden kaum betroffen, scheinheilig“, so Rickers.



Heiner Rickers, MdL

CDU-Landtagsfraktion jetzt auch in Sozialen Netzwerken aktiv Facebook- und Twitterkonten frei geschaltet



Die neue Facebookseite der Landtagsfraktion

Seit dieser Woche ist die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag auch in den Sozialen Netzwerken „Facebook“ und „Twitter“ aktiv. Bereits nach gut einer Stunde hatten 100 Nutzer die Facebook-Seite der Fraktion abonniert. Mittlerweile sind es 323.

„Wir wollen insbesondere auf Facebook mit seinen Kommentarfunktionen mit unseren

Kontakten in einen Dialog treten. Das ist ja der Sinn sozialer Netzwerke“, erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen in Kiel.

So wurde direkt nach der Freischaltung am Mittwoch auf das neue bildungspolitische Papier der Nord-CDU hingewiesen und um Anregungen gebeten. Eine Anregung wurde wenige Minuten nach dem Eingang bereits durch die bildungspolitische Sprecherin Heike Franzen beantwortet. „Ich wünsche mir, dass wir über dieses Instrument noch mehr in den Austausch mit interessierten Menschen kommen. So können wir Anregungen für unsere Politik aufnehmen und andererseits unsere Initiativen erläutern“, so Callsen.

Künftig sollen auch jenseits von Pressemitteilungen politische Kommentare von Abgeordneten veröffentlicht werden. Gleiches gilt für Internetlinks zu interessanten Antworten auf Anfragen oder Landtagsanträge. Auch kurze Berichte und Fotos über Besuche und Gesprächstermine sollen veröffentlicht werden.

Link zur Facebookseite:

<https://www.facebook.com/pages/CDU-Fraktion-Schleswig-Holstein/1380320645521822?ref=ts>

Link zum Twitterkonto:

<https://twitter.com/CDUFraktionSH>

Umweltpolitiker der Union fordern konsequenten Hochwasserschutz Heiner Rickers auf der Herbsttagung der umweltpolitischen Sprecher in Erfurt



Heiner Rickers mit seinen Länderkollegen Dieter Dombrowski (Brandenburg), Birgit Stöver (Hamburg) und dem Leiter der Thüringer Fernwasser

Auf Einladung seines Thüringer Kollegen traf sich der agrar- und umweltpolitische Sprecher der CDU Landtagsfraktion, Heiner Rickers, mit seinen Länderkollegen in Erfurt. Erstmals waren Vertreter aller 16 Bundesländer angereist.

Schwerpunkt dieser Tagung war der Hochwasserschutz in Deutschland. Besonders hervorgehoben wurde der Vier-Länder-Staatsvertrag zwischen Niedersachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen, mit dem gemeinsame Absprachen getroffen und ein gemeinsames Vorgehen in Hochwassersituationen festgeschrieben wurde. Nach einem Vortrag des Präsidenten des entsprechenden Landesamtes in Brandenburg, Prof. Dr. Matthias Freude, verabschiedeten die Ländervertreter die „Erfurter Resolution“. In ihr wird sowohl eine weiterhin konsequente Umsetzung des Hochwasserschutzes als auch eine Anpassung an

künftige Herausforderungen gefordert.

An ihrem Exkursionstag besuchten die Abgeordneten zunächst das Pumpspeicherkraftwerk Goldistal im Thüringer Schiefergebirge. Bereits zu DDR-Zeiten geplant, wurde es nach der Wende gebaut und ging 2003 in Betrieb. Mit 1.060 MW Leistung ist es das größte Wasserkraftwerk Deutschlands und eines der größten Europas. Das Speicherbecken in 870 m Höhe hat ein Fassungsvermögen von 12 Millionen Kubikmetern. Etwa 300 m unterhalb befindet sich das Unterbecken mit etwa 19 Millionen Kubikmetern Speichervolumen. Neben wichtigen Hochwasserschutzaspekten können so auch - mit der gespeicherten Wassermenge - acht Stunden Turbinen-Volllastbetrieb gefahren werden.

Als zweiter Punkt stand die Trinkwassertalsperre Leibis/ Lichte auf der Tagesordnung. Dieses Bauwerk wurde nach zwanzig Jahren Planung und anschließendem Bau 2006 eingeweiht. Auf lange Zeit wird die zweithöchste Talsperre Deutschlands auch der letzte große Talsperrenbau im Lande sein. Aufgrund mangelnden Grundwassers stellt die Talsperre neben dem Hochwasserschutz auch die Trinkwasserversorgung ganz Ostthüringens sicher. Im Vorfeld war jedoch die Umsiedlung von 100 Bewohnern des Ortes Leibis erforderlich.

Die Erfurter Resolution finden Sie unter folgendem Link:
http://www.cdu-landtag.de/4_56_Service_Downloads.html

Bundespolizei ist wichtiger und verlässlicher Partner in Sicherheitsfragen **Fraktionsarbeitskreis „Innen- und Recht“ besucht Bundespolizeiinspektion in Flensburg**



Petra Nicolaisen und Astrid Damerow bei ihrem Besuch der Bundespolizeiinspektion

Der Fraktionsarbeitskreis „Innen- und Recht“ besuchte in der vergangenen Woche die Bundespolizeiinspektion in Flensburg.

In einem Gespräch mit dem Leiter der Polizeiinspektion, Herrn Weihmann sowie dem Ständigen Vertreter des Präsidenten der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt, Herrn Krüger, informierten sich die Abgeordneten Petra Nicolaisen und Astrid Damerow über die vielschichtigen Aufgaben der Bundespolizei in Bund und Land. Thematisiert wurden zudem aktuelle Fragen, wie die der Schließung von Menschen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Bei einem anschließenden Rundgang nahmen die Abgeordneten außerdem die örtlichen Gegebenheiten sowie die Leitstelle in Augenschein. „Es hat sich gezeigt, dass die Bundespolizei

ein wichtiger und verlässlicher Partner in Sicherheitsfragen ist. Die Zusammenarbeit zwischen Land und Bund ist in diesem Bereich vorbildlich“, so das Fazit der Politikerinnen.

CDU-Politiker sprechen sich gegen Drosselungsplänen der Deutschen Telekom aus Verbraucherschutzpolitische Sprechertagung in Hamburg



Karsten Jasper, MdL in der Mitte seiner Landeskollegen

Am vergangenen Wochenende trafen sich die verbraucherschutzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen im Hamburger Rathaus, um sich zu aktuellen Themen rund um das Thema Verbraucherschutz auszutauschen.

Im Mittelpunkt der Jahrestagung stand neben dem Besuch des Verbraucher- und Einfuhramtes im Hamburger Hafen auch ein Gespräch mit dem Hamburgischen Landesdatenschutzbeauftragten, Prof. Dr. Johannes Caspar, über Verbraucherdatenschutz bei Digitalen Medien sowie Verbraucherschutz bei Verträgen über Internetanschlüsse. Zum Abschluss der Beratungen sprachen sich die Verbraucherschützer in einer „Hamburger Erklärung“ gegen das Drosseln von Übertragungsgeschwindigkeiten bei Internetanschlüssen sowie für die Einsetzung eines Bundesbeauftragten für Verbraucherschutz aus.

Dazu erklärt der verbraucherschutzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein Karsten Jasper: „Wo Flatrate draufsteht, muss auch ungebremst Flatrate drin sein. Wer entgegen vertraglicher Regelungen die Übertragungsraten von Internetanschlüssen senkt, verspielt das Vertrauen der Verbraucher. Daher begrüßen wir den Beschluss des Landgerichts Köln vom 30. Oktober 2013, wonach der Telekom eine solche Drosselung ohne ausreichende Kennzeichnung ausdrücklich untersagt wird.“

Aus Sicht der verbraucherschutzpolitischen Sprecher sei zu hoffen, dass das Unternehmen den Richterspruch akzeptiere. Da sich das Urteil jedoch nur auf den Festnetzbereich beziehe und Tempodrosselungen bei Mobilfunkverträgen nach Überschreitung eines bestimmten Datenvolumens auch weiterhin nicht ausgeschlossen sind, ist die neue Bundesregierung aufgefordert, notfalls auch rechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Verbraucher besser zu schützen und mehr Transparenz bei Vertragsabschlüssen zu schaffen.

Die „Hamburger Erklärung“ finden Sie unter folgendem Link:

http://www.cdu-hamburg.de/fileadmin/content/Dokumente/Papiere/Hamburger_Erklaerung.pdf

CDU-Fraktion gratuliert Hans-Alwin Ketels zum 100. Geburtstag Ehemaliger Abgeordneter aus Eiderstedt zum Geburtstagsempfang im Landeshaus



Hans-Alwin Ketels

Der 100. Geburtstag des ehemaligen Abgeordneten Hans-Alwin Ketels wurde im Rahmen eines Empfangs im Landeshaus mit alten politischen Weggefährten der Landespolitik und aktiven Abgeordneten würdig begangen.

Die Lebensleistung von Hans Ketels und sein beispielhaftes Handeln wurden von allen Rednern besonders herausgestellt. Der Fraktionsvorsitzenden Johannes Callsen hob insbesondere sein starkes ehrenamtliches Wirken in vielen Vereinen und Verbänden in der Nachkriegsphase gerade in und für seine Heimat Eiderstedt hervor. Landtagspräsident Klaus Schlie ließ es sich nicht nehmen, ebenfalls persönlich zu gratulieren und dankte für das vorbildliche, uneigennützige Wirken für die Gesellschaft von Hans-Alwin Ketels.

Von 1965 bis 1983 gehörte Ketels 4 Wahlperioden dem Schleswig-Holsteinischen Landtag an. Ketels ehemaliger Fraktionsvorsitzender, Heiko Hoffmann, beschrieb detailliert die tiefe Verwurzelung der Familie Ketels in Eiderstedt und Nordfriesland. Von jeher wurde Verantwortung für die Gemeinschaft dort wahrgenommen. „Sein Charakter und seine stille, aber bestimmte Handlungsweise haben ihm hohen Respekt gebracht. Sein Wort hatte Gewicht“, betonte Hoffmann

Bis heute besucht Hans-Alwin Ketels politische Veranstaltungen konnte Klaus Jensen für die Nordfriesen berichten. „Er ist für uns Vorbild und eine „Institution““, so Jensen. Hans-Alwin Ketels ließ es sich nicht nehmen, auch selbst zu den zahlreichen Gästen zu sprechen. Er betonte, dass wir in einer großartigen Zeit des Friedens leben, die nur durch ein vereintes Europa möglich sei. Die Gäste dankten ihm mit stehenden Ovationen.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de